

**Medienmitteilung vom 25. August 2011**

## **Die Rechnung für steuerpolitisches Laissez-faire**

**Die Grünen nehmen den Voranschlag 2012 und den Finanzplan 2013–2015 mit Sorge zur Kenntnis. Das steuerpolitische Laissez-faire der letzten Jahre zahlt sich bitter aus. Um eine totale Blockade – eine "Amerikanisierung" – der Finanzpolitik zu verhindern, sind jetzt Verantwortung und Augenmass gefragt. Die Grünen sind bereit, mit allen lösungsorientierten Kräften in entsprechende Diskussionen zu steigen.**

Die Entwicklung, vor welcher die Grünen seit Monaten warnen, ist eingetreten: Trotz einem massiven Sparpaket von 277 Mio. Franken drohen dem Kanton Bern erstmals seit 1997 Rechnungsdefizite und neue Schulden. Als besorgniserregend erachten die Grünen den Umstand, dass die prognostizierte Neuverschuldung in den Finanzplanjahren nicht abnimmt, sondern Jahr für Jahr grösser wird.

Erkenntnis steht am Anfang jeder erfolgreichen Entscheidung. So ist es unabdingbar, Rechenschaft über die Ursachen der finanzpolitischen Fehlentwicklung abzulegen. Ohne Tarifsenkungen bei Einkommens-, Vermögens- und Motorfahrzeug-steuern würde 2012 ein Ertragsüberschuss von 103 Mio. Franken resultieren. In anderen Worten: Das 277 Mio.-Sparpaket wird zu 93% zur Finanzierung von Steuersenkungen verwendet. Die Verantwortung für das Entgleisen der Finanzpolitik tragen demnach jene Parteien, welche dieser Politik zum Durchbruch verholfen haben. Dass sich heute gerade diese Parteien als lauteste Schreierinnen gegen neue Defizite profilieren, ist Teil des unredlichen Spiels.

Weiter zeigt sich, dass die finanzpolitischen Regelbindungen des Kantons Bern in einer Krisensituation viel zu unflexibel sind. Im Gegensatz zum Bund, dessen Schuldenbremse wenigstens eine minimale Flexibilität zulässt, bedroht die Schuldenbremse des Kantons Bern die Handlungsfähigkeit des Kantons. Die für ein defizitäres Budget erforderliche 3/5-Mehrheit der Grossratsmitglieder ist absurd hoch und schadet dem Kanton. Bemerkenswerterweise ist das erforderliche Quorum tiefer, wenn ein Budgetausgleich über eine Steueranlageerhöhung angestrebt würde; dafür bräuchte es bloss 81 Stimmen.

Die Grünen erachten es als vordringlich, eine "Amerikanisierung" der Finanzpolitik – eine totale Blockade der Kantonspolitik mit unabsehbarem Ausgang nach einer Rückweisung des Voranschlags – zu verhindern. Die Grünen sind deshalb bereit, mit allen lösungsorientierten Kräften in eine offene Diskussion über mögliche Lösungen für die finanzpolitischen Herausforderungen zu treten. Dabei sind uns folgende Anliegen wichtig:

1. Es gilt zu verhindern, dass mit zusätzlichen Sparmassnahmen das öffentliche Leistungsangebot und damit die Standortqualität des Kantons beschädigt wird.

2. Die heutigen finanzpolitischen Herausforderungen lassen sich nicht unter Ausschluss (oder gar mit Verschlechterungen) der Ertragsseite der Rechnung lösen. Heute ist die Bereitschaft erforderlich, beschlossene Steuersenkungen zu sistieren oder ganz darauf zu verzichten.
3. Ein Rückfall in eine Defizit- und Schuldenspirale ist zu verhindern. Allfällige Rechnungsdefizite oder neue Schulden müssen zeitlich klar begrenzt bleiben. Erforderlich ist wiederum mehr eine langfristige finanzpolitische Perspektive.
4. Es braucht mittelfristig eine Evaluation und Korrektur der bestehenden finanzpolitischen Regelbindungen.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68